

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E1_18/2

1 **E1_18/2 Eine europäische Gesellschaft braucht** 2 **europäische Bürger*innen!**

3 Europäer*innen werden momentan dringend benötigt. Zwar sehen 58%¹ der Europäer*innen positiv
4 in die Zukunft der Europäischen Union, jedoch ist die EU als Institutionengefüge immer wieder
5 Angriffen von Rechts ausgesetzt. Mit Fake News, dem Verdrehen von Tatsachen und Diskussionen
6 die nichts mit der eigentlichen Arbeit auf europäischer Ebene zu tun haben, versuchen rechte und
7 konservative Kräfte immer wieder die Meinung gegenüber der EU als Staatenverbund zum
8 negativen zu beeinflussen. Außerdem wurde lange Zeit eine Politik betrieben, die primär die EU als
9 Binnenmarkt und nicht als Wertegemeinschaft verstanden hat. Die Entwicklung Europas hin zu
10 einer zusammengehörigen parlamentarischen Demokratie wurde vernachlässigt. Allerdings ist es
11 gerade heute nötiger denn je, zurück zu unserer europäischen Identität zu finden: Wir sind
12 europäische Bürger*innen! Erasmus+ bildet in diesem Zusammenhang einen grundlegenden
13 Baustein zum Aufbau eines gemeinsamen Zusammengehörigkeitsgefühls. Wer die Vorteile und die
14 positiven Aspekte der Europäischen Union selbst erfährt und nicht nur Informationen über die
15 angeblich faulen Griechen aus der Bild bekommt, der wird – davon sind wir überzeugt – nicht mehr
16 auf die populistischen Tricks von Rechts hereinfliegen. Dieser internationale Austausch durch
17 Erasmus+ wird jedoch zurzeit in verschiedenen Ländern auf die Probe gestellt.

18 19 **Keep Calm and Stay Connected - Den Anschluss nach Großbritannien nicht verlieren**

20 Englisch ist weiter die Weltsprache und für viele bei Bewerbungen ein Muss. Viele Student*innen
21 absolvieren daher gerne ihr Auslandssemester in Großbritannien - kulturell vielseitig und nach
22 Spanien, Deutschland und Frankreich das viertbeliebteste Land junger Student*innen für einen
23 Auslandsaufenthalt. Im Jahr 2014 sind durch das Erasmus+ Programm über 25.000 Student*innen
24 für ihren Aufenthalt nach Großbritannien gegangen, im Gegenzug kamen über 15.000
25 Student*innen aus Großbritannien in die EU. Der Brexit könnte dem Ganzen jedoch einen Strich
26 durch die Rechnung machen. Viele Hochschulen schauen sich schon nach Alternativen um, zum
27 Beispiel mehr Partnerschaften nach Kanada oder in die USA. Doch wir sagen, hier muss erst einmal
28 internationale Solidarität her, wir wollen unsere Kommiliton*innen aus Großbritannien nicht im
29 Regen stehen lassen. Auch wenn die Konditionen für Erasmus+ neu verhandelt werden müssen,
30 darf hier nicht an der Finanzierung gestrichen werden.

31 Als alternatives Modell könnte ein Austausch sonst nur für Selbstzahler*innen angeboten werden,
32 die Studiengebühren und Lebenskosten gemeinsam würden ein Semester in Großbritannien für die
33 meisten fast unbezahlbar machen.

34 Aber auch andere Programme, wie das UK-German Connection Programm müssen erhalten
35 bleiben. Durch dieses ist es Lehramtsstudent*innen möglich, einen Teil des Praxissemesters oder

¹<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2180>

36 eine Zeit als teaching assistant in Großbritannien zu absolvieren. So kann interkultureller
37 Austausch im Bildungswesen auch weiterhin gepflegt werden.
38 Daher ist es wichtig, dass wir – sollte es kein Brexit-Abkommen zwischen der EU und GB geben –
39 das ERASMUS+ Programm und andere Austauschmöglichkeiten durch bilaterale Verträge
40 zwischen GB und der EU am Leben erhalten. Wir können und dürfen Großbritannien nicht zum
41 weißen Fleck auf der Landkarte der Wissenschaft werden lassen.

42 In diesem Zusammenhang ist es generell notwendig das ERASMUS+ Programm auszubauen und
43 gerade Auszubildende und Schüler*innen verstärkt in den Fokus zu nehmen. Im letzten Jahr sind
44 gerade mal 5,3 % der Auszubildenden durch das Erasmus Programm ins Ausland gegangen. Der
45 breiten Masse der Auszubildenden ist nicht einmal bewusst, dass es dieses Angebot gibt. Jede und
46 jeder muss die Möglichkeit und auch das Wissen um diese Möglichkeit haben, einen
47 Auslandsaufenthalt im Zuge des Erasmus+ Programms zu absolvieren. Dazu benötigt es nur leider
48 mehr Mittel im Haushalt der EU und auch ein besseres Informations- und Beratungsangebot.
49 Zudem muss das Erasmus+ Programm auf alle Mitgliedsstaaten im europäischen Hochschulraum
50 ausgeweitet werden.

51 **Und wo kann ich das Fach jetzt belegen? Lehre muss frei und kritisch bleiben**

52 Der Rechtsruck durch Europa hat sich nicht nur durch die Parlamente und Regierungen gezogen, er
53 ist auch bei den Hochschulen spürbar. Obgleich ein Studium in Europa immer als sehr liberal galt,
54 machen manche Länder jetzt erhebliche Rückschritte, wenn es um die Freiheit der Forschung und
55 Lehrangebote geht. Weit muss man da schon nicht schauen, ein Blick nach Ungarn genügt. Der
56 Ankündigung "die 68er Generation für immer zu verjagen" um sich für die Europawahl 2019 zu
57 positionieren, ließ Staatschef Viktor Orban schnell Taten folgen. Ein Studium der Gender Studies an
58 einer Hochschule in Ungarn ist nicht mehr möglich. Dabei wurde Gender Studies in Ungarn nur an
59 zwei Hochschulen angeboten, der privaten Hochschule Central-European University (CEU) und der
60 staatlichen Eötvös Loránd Tudományegyetem (ELTE) in Budapest.
61 Der privaten CEU ist es weiterhin möglich, Gender Studies anzubieten, da das Verbot sich nur auf
62 staatliche Hochschulen bezieht. Das Ganze hat lediglich einen Haken: Student*innen können in
63 diesem Fach keinen offiziellen Abschluss mehr erhalten. Es ist der Hochschule also nicht mehr
64 möglich, den Student*innen für all die Leistungen auch einen europäisch anerkannten Abschluss zu
65 erteilen. Zudem werden sie von jeglichen Fördermitteln ausgeschlossen, das schließt auch
66 Erasmus mit ein. Es wird den Student*innen also nicht mehr möglich sein, an dem europäischen
67 Austausch teilzunehmen, der eigentlich für alle Studierenden gedacht ist, lediglich weil der
68 Staatschef ihr Studienfach abschaffen kann.

69 Die Auswirkungen für die staatliche ELTE sind noch größer, hier kann der Studiengang gar nicht
70 mehr angeboten werden. Dabei ergeben Zahlen, dass im letzten Jahr zehn Student*innen ein
71 Studium der Gender Studies angefangen haben, in diesem Semester wären es nochmal zehn
72 geworden. Aber schon diese wenigen Student*innen sind der aktuellen Regierung wohl zu viele, sie
73 werden allein politisch benutzt, um sich jetzt schon rechts für die Europawahlen zu positionieren.
74 Es wird also schlichte Symbolpolitik betrieben, nur um rechte Propaganda zu fördern. Gründe für
75 das Verbot wurden zudem wenige genannt. Es gebe einfach keine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt
76 und zudem brauche die Regierung auch nicht weitere Gründe angeben, um einem Studiengang die
77 Akkreditierung zu entziehen.

78 Erfahrungsberichte von der privaten Hochschule CEU ergeben jedoch, dass die Absolvent*innen
79 sehr gefragt als Gleichstellungsbeauftragte in internationalen Unternehmen oder der Forschung
80 sind.²

81 Wir als queerfeministischer und internationalistischer Richtungsverband müssen uns hier deutlich
82 positionieren. Eine freie und kritische Forschung muss für alle gewährleistet sein, ganz gleich
83 welche rechte Agenda die Regierung verfolgt. Wir müssen uns mit den Student*innen
84 solidarisieren, die jetzt aufgrund des Verbotes kein Teil der Erasmus Angebote mehr sein können,
85 keinen Abschluss für ihr Studium bekommen oder erst gar kein Studium aufnehmen können. Ein
86 freies Studium und eine Teilnahme an Austauschprogrammen muss für alle Europäer*innen
87 möglich sein. Queerfeministische Wissenschaftsfreiheit muss wieder großgeschrieben werden!

88 **Deshalb fordern wir:**

- 89 ● Dass die Mittel für das Erasmus+ Programm auf mind. 3% des Gesamthaushaltes der EU
90 steigen.
- 91 ● Ein besseres Informationsangebot über europäische Austausch- und Bildungsprogramme
92 von Studierenden, Auszubildenden und Schüler*innen.
- 93 ● Die Förderung gerade von Menschen aus nicht-Akademiker*innen und finanzschwachen
94 Haushalten - soziale Ungleichheit darf kein Hindernis für einen europäischen Austausch
95 sein!
- 96 ● Die Verhandlung eines bilateralen Vertrags zwischen der EU und GB, welcher die Zukunft
97 des ERASMUS+ Programms auch in GB sicherstellt.
- 98 ● Das Weiterbestehen des UK-German Connection Programms - interkultureller
99 Bildungsaustausch muss bestehen bleiben!
- 100 ● Die Sicherung, dass Wissenschaft und Forschung in ganz Europa frei bleibt!
101 Wissenschaftler*innen darf nicht grundlos die Akkreditierung für Studiengänge
102 weggenommen werden
- 103 ● Die Förderung und den Ausbau von queerfeministischen und progressiven Studiengängen
104 in allen EU-Ländern
- 105 ● Die Stärkung von pluralistischer Lehre, der internationale Wissensaustausch muss auch in
106 der Vorlesung vor Ort stattfinden!
- 107 ● Kein Platz dem nationalistischen Denken in der Bildungspolitik!
- 108 ● Damit der wissenschaftliche und digitale Austausch verdichtet und verbessert wird, ist es
109 uns ein Anliegen die open source Dateien und die Verbreitung von wissenschaftlichen
110 Inhalten in ganz Europa leichter zugänglich zu machen. Das Rad muss nicht jedes Mal neu
111 erfunden werden. Auf diese Weise könnten internationale Kooperationen im
112 Wissenschaftssektor viel leichter umgesetzt werden und alle hätten einen einfachen
113 Zugang.

² <http://www.taz.de/!5525898/>